

**Bezugspreis:**  
Vierteljahr 30.- M. monat 10.- M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Monatlich 10.- M. einjährig für  
Belastungsgebühr. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Ostpreußen, das Saar- und  
Rheinland, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Oesterreich,  
Ungarn und Rußland 30.- M. für  
das übrige Ausland 40.- M. Post-  
bestellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschechoslowakei, Dän-  
emark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Rott und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Himmels“ und der  
Beilage „Gedichte und Kleinarten“  
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags  
und Montags einmal.

Telegraphisch-Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die achtspaltigen Kontraktanzeigen  
kosten 500 M. „Kleine Anzeigen“  
das fertige Wort 150 M. (zu-  
lässig zwei fertige Wörter), jedes  
weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen  
und Schlafstellenanzeigen das erste  
Wort 1.- M. jedes weitere Wort  
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten 50 Hg. 2.- M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Zerlegungsgeld.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 8 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gebühren  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Sonnabend, den 13. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Das Völkerbundproblem.

### Die Artikel 15 der Völkerbundsatzung.

Zur Klarstellung der Rechtslage und des anzuwendenden Verfahrens bringen wir die in Betracht kommenden Bestimmungen des einschlägigen Artikels 15 der Völkerbundsatzung zum Abdruck:

Entsteht zwischen Bundesmitgliedern eine Streitfrage, die zu einem Bruche führen könnte, und wird diese Streitfrage nicht, wie im Artikel 13 vorgesehen, der Schiedsgerichtsbarkeit unterbreitet (hier nicht der Fall, da kein Gutachten eingefordert), so kommen die Bundesmitglieder überein, sie vor den Rat zu bringen. Zu diesem Zwecke genügt es, wenn eine der Parteien den Generalsekretär von dieser Streitfrage benachrichtigt; dieser veranlaßt alles Nötige zu erschöpfender Prüfung und Unterzuchung.

Die Parteien haben ihm so schnell wie möglich eine Darstellung ihres Falles mit allen einschlägigen Tatsachen und Belegstücken mitzuteilen; der Rat kann deren sofortige Veröffentlichung anordnen.

Der Rat bemüht sich, die Schlichtung der Streitfrage herbeizuführen. Gelingt es, so veröffentlicht er, soweit er es für zweckdienlich hält, eine Darstellung des Tatbestandes mit den zugehörigen Erläuterungen und den Wortlaut der Entscheidung.

Kann die Streitfrage nicht ausgeglichen werden, so erläßt er und veröffentlicht der Rat einen auf einstimmigen Beschluß oder Mehrheitsbeschluß beruhenden Bericht, der die Einzelheiten der Streitfrage und die Vorzüge wiederbringt, die er zur Lösung der Frage als die gerechtesten und geeignetsten empfiehlt.

Jedes im Rate vertretene Bundesmitglied kann gleichfalls eine Darstellung des Tatbestandes der Streitfrage und seine eigene Stellungnahme dazu veröffentlichen.

Der Rat kann in allen in diesem Artikel vorgesehenen Fällen die Streitfrage vor die Bundesversammlung bringen. Die Bundesversammlung hat sich auch auf Antrag einer der Parteien mit der Streitfrage zu befassen; der Antrag gilt binnen 14 Tagen zu stellen, nachdem die Streitfrage vor den Rat gebracht worden ist.

Der Wortlaut dieses Artikels läßt also die Möglichkeit ausdrücklich offen, daß der Rat des Völkerbundes die Streitfrage der Völkerbundsversammlung überträgt. Diese Möglichkeit verdient schon deshalb Erwähnung, weil die Völkerbundsversammlung zufällig für den 1. September d. J. bereits einberufen ist. Nun wird bereits allenthalben davon gesprochen, daß Polen und Deutschland die Aufforderung erhalten sollen, Vertreter zur Tagung des Völkerbundsrates zu entsenden. U. a. teilt der „Matin“ mit, daß Polen als Mitglied des Völkerbundes bei der Tagung des Rates jedenfalls mit beratender Stimme zugelassen werden soll und daß auch die Heranziehung eines deutschen Delegierten wahrscheinlich ist. Wir würden einen derartigen Beschluß selbstverständlich wärmstens begrüßen. Indessen geht aus dem Wortlaut der Völkerbundsatzung nicht klar hervor, ob eine solche Hinzuziehung der Vertreter Polens und Deutschlands auf alle Fälle erfolgen muß. Eine Londoner Meldung der „Vossischen Zeitung“ behauptet:

„Die Statuten des Bundes bestimmen, daß in einem Falle wie dem vorliegenden, wo die Angelegenheit eines Nichtmitgliedes dem Schiedsgericht des Völkerbundes zur Entscheidung überlassen wird, der betreffende Staat aufgefordert werden muß, sich für den aktuellen Fall den Pflichten der Mitgliedschaft zu unterwerfen. Dieser Fall liegt für Deutschland vor.“

Dies ist aber nicht ganz richtig. Die Bestimmungen, auf die hier angepielt wird, betreffen den Fall, wo eine Streitfrage zwischen einem Mitgliede und einem Nichtmitgliede des Bundes entstanden ist. Und hier liegt doch bekanntlich nur eine Streitfrage zwischen Frankreich und den übrigen Hauptmächten vor . . .

### Deutschland im Völkerbunde?

Paris, 13. August. (WIB.) Wie „Matin“ mitteilt, wird Polen als Mitglied des Völkerbundes bei der Beratung über die oberschlesische Frage jedenfalls mit beratender Stimme zugelassen werden, auch die Zulassung eines deutschen Delegierten wahrscheinlich bestimmt werden. Das Blatt sagt, es sei nicht sicher, daß der Völkerbundrat es übernehmen werde, die Grenzlinie selbst festzusetzen, was er bereits in der albanischen Frage verweigert habe. Man erwarte von ihm aber, daß er in ethnographischer und wirtschaftlicher Beziehung ein begründetes Gutachten abgeben werde, nach dem sich die oberschlesische Grenzlinie von selbst ergeben werde. Einen Augenblick sei daran gedacht worden, die Frage den Vereinigten Staaten zum Schiedsgericht zu überweisen, aber die Haltung von Amerika, das eine Einmischung in diese europäische Frage ablehne, habe dazu geführt, daß dieser Plan fallengelassen wurde.

Paris, 12. August. (Havas.) Die Verweisung der Frage der Teilung Oberschlesiens an den Völkerbundsrat wurde in den französischen Konferenzkreisen günstig aufgenommen, welche eine wirkliche Befriedigung zum Ausdruck bringen, daß diese heikle und verwickelte Frage damit aus dem Bereich ihrer Befoehrnisse ausweicht. Die Lage erschien am Donners-

tag durchaus verfahren, da sowohl Italien wie auch Japan sich zu dem englischen Grenzentscheidungsverfahren bekamen, während Frankreich allein seine Gegnerschaft aufrecht erhielt, weil eine solche Grenzführung für Polen ein wahrer Hohn auf jede Gerechtigkeit gewesen wäre, trotz aller Gründe, die ihm seine Haltung zu einer gebieterischen Pflicht machten, konnte Frankreich sich doch nicht dem Vorwurf aussetzen, nur durch seine Hartnäckigkeit das Werk des Obersten Rates zum Scheitern gebracht zu haben. Briand war der Ueberzeugung, man müsse aus der Sackgasse herauskommen, in die der Oberste Rat sich verfahren hatte, um zu vermeiden, daß Frankreich ganz allein dastehende. Daraufhin erklärte er sich mit einem Schiedsgericht des Völkerbundsrates einverstanden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung bis zur Entscheidung und so dann zur Durchführung der Entscheidung werden Frankreich, England und Italien Verstärkungen entsenden, dabei auf den Standpunkt zurückgreifend, den bereits vor dem Zusammentritt des Obersten Rates die französische Diplomatie vertreten hatte, mit anderen Worten, die Inmarschierung neuer Truppen noch vor jeder Lösung. Um die ganze Lösung nochmals zusammenzufassen, kann gesagt werden, daß das vom Obersten Rat angenommene Verfahren zu einer Entscheidung führen wird, die durchaus unparteiisch ist und von keiner Seite angefochten werden kann.

### Die Absichten des Völkerbundes.

Paris, 13. August. (E.) Ueber die Absichten des Völkerbundes erfährt man bisher folgendes: Briand lud den Präsidenten des Völkerbundsrates, den japanischen Botschafter Ishii ein, den Völkerbundsrat einzuberufen. Ishii hat die Absicht, dies am 20. August zu tun. Man glaubt, daß der Oberste Rat zunächst einen Berichterstatter ernennen wird. Eine Woche später werde sich dann der Völkerbund mit der Angelegenheit beschäftigen können. Es gibt jedoch Zeitungen, die befürchten, daß sich die Verhandlungen des Völkerbundsrates über 6 Wochen hinziehen könnten. Auch Lloyd George scheint der Ansicht gewesen zu sein, daß der Völkerbund eine Entscheidung nicht rasch fällen könne; daraus erklärt sich auch der Umstand, daß er dem französischen Standpunkt Rechnung trug und der Entsendung von Truppen zustimmte.

Bei der Sitzung des Völkerbundsrates werden je ein deutscher und ein polnischer Vertreter anwesend sein können. Polen ist dieses Recht in den Bestimmungen der Völkerbundsatzung ausdrücklich zugesprochen, da es Mitglied des Völkerbundes ist; Deutschland kann dieses Recht beanspruchen, weil es in Oberschlesien interessiert ist.

### Kabinettsitzung über Oberschlesien.

H heute mittag um 12 Uhr ist, wie die PPA hören, die Reichsregierung zu einer Kabinettsitzung zusammengetreten, in der sie sich neben der Behandlung anderer Fragen vor allem auch mit der durch den vorläufigen Ausgang der Pariser Verhandlungen geschaffenen Lage für Oberschlesien befaßt wird.

Amlich ist übrigens die deutsche Regierung bis jetzt noch nicht in Kenntnis gesetzt über den Gang und die Ergebnisse der Pariser Verhandlungen. Es bleibt auch zweifelhaft, ob der Oberste Rat überhaupt der deutschen Regierung offiziell Mitteilung zukommen läßt über die jüngste Wendung der oberschlesischen Frage.

### Die Pleß-Rybnik-Bewegung.

London, 13. August. (WIB.) Der Berichterstatter der „Daily Mail“ erklärt in einem Bericht aus Oppeln, daß Rybnik und Pleß durch die französische Besetzung und die polnische Vorherrschaft von Deutschland abgeschnitten und ohne Beeinflussung von deutscher Seite seien, scheine die Bewegung gegen eine Zuteilung dieser Aereise an Polen aufrichtig zu sein. Es scheine wegen der schlechten Finanzlage Polens eine wirtschaftliche Unverträglichkeit zu sein, die beiden Besetzen unter polnischer Herrschaft zu stellen.

Hindenburg, 13. August. (U.) Die von Kottowitz kommenden Züge bringen eine Menge früherer Insurgenten und Hallersoldaten mit, die mit großen Paketen beladen, auf den einzelnen Stationen aussteigen und sich auf die Dörtschaften verteilen. Auch durch Kottowitz kamen von Schoppinich am Donnerstag abend Hallersoldaten mit der Strohenbahn, die in Richtung Salenze weiterführen.

Rastbor, 13. August. (U.) Am Donnerstag nachmittag fehlten in der Umgegend schwere Handgranatendetonationen ein, die die ganze Nacht anhielten. Die Italiener in der Umgegend von Ratibor standen infolgedessen in höchster Alarmbereitschaft und rückten nachts mehrmals in Selbstautomobilen aus.

Oppeln, 12. August. (BS.) Der Kommandeur der 91. französischen Brigade, General Le Comte Denis, versammelte als Kreisinspektor des Kreises Hindenburg (also nur von Weußen nach Hindenburg verkehrt) in seinem Bezirk befindlichen Insurgentenführer und warnte sie angesichts der in Paris entstehenden Schwierigkeiten vor unüberlegten Handlungen. Bevor der Oberste Rat noch keine klare Entscheidung getroffen habe, dürfe an einen neuen polnischen Zustand nicht gedacht werden. Nur im engsten Einvernehmen mit den Franzosen dürften die Polen vorgehen und von diesen würde schon rechtzeitig die Weisung kommen, wann ein Loszuges der Polen erwünscht sei.

## Kleinbauernentum und Sozialdemokratie.

Von Peter Tramborn-Köln.

Die Veröffentlichung des Entwurfs zu einem neuen Parteiprogramm in der Parteipresse hat die Diskussion über eine Frage aufleben lassen, die mit mehr oder minder großer Heftigkeit in der deutschen Sozialdemokratie seit Jahrzehnten umstritten wird: die Agrarfrage! Weiße Kreise der Partei fühlen instinktiv, daß, wenn der Sozialismus nicht nur Theorie bleiben, sondern auch Praxis, Wirklichkeit werden soll, daß dann auch jene bäuerlichen Schichten für den sozialistischen Befreiungskampf gewonnen werden müssen, die, trotzdem sie ihrer Klassenlage nach unzweifelhaft zur Sozialdemokratie gehören, noch immer Gewehr bei Fuß stehen. Aus dieser Erkenntnis heraus sind ja auch die vielfachen Anregungen und Wünsche geboren, die zu dem Teil des Programmentwurfs laut geworden sind, der die Stellung der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft regelt. Es ist zu begrüßen, daß endlich in der Partei die Debatten über diese Frage, die für die Entwicklung unserer Partei von außerordentlicher Wichtigkeit ist, in Fluß kommt; der klärende Wert dieser Debatten wird auch nicht dadurch getrübt, daß gelegentlich in der Parteipresse bei Besprechung der Agrarfrage Meinungen laut werden, denen nicht zugestimmt werden darf, wenn die Partei sich bei ihrer Werbearbeit draußen auf dem Lande zukünftig nicht selbst ausschalten will.

Eine solche Meinung, die nicht unwidersprochen bleiben darf, weil sie Anlaß zu einer parteischädigenden Legendenbildung geben könnte, ist der Artikel „Zum Agrarprogramm“ vom Genossen Otto Albrecht in Nr. 378 des „Vorwärts“ vom Dienstag, den 2. August. Es ist nicht meine Absicht, mich hier zum Programmentwurf des Parteivorstandes kritisch zu äußern; was zu diesem verunglückten Entwurf zu sagen ist, ist entweder schon in der Parteipresse zum Ausdruck gekommen oder wird in Bälde nachgeholt werden. Für notwendig erachte ich es aber aus den vorstehend dargelegten Gründen, falschen Auffassungen entgegenzutreten, die in dem Artikel des Genossen Albrecht geäußert werden. Der Artikel-schreiber ist durchaus im Unrecht, wenn er glaubt, daß sich sozialdemokratische Bauernpolitik erst dann mit Erfolg betreiben lasse, „wenn einmal die Bodenvergesellschaftung eine vollzogene Tatsache“ sein werde. Wenn wir die in dem Artikel geforderte ausnahmslose Bergesellschaftung des Grund und Bodens — eine Forderung, die in dieser allgemeinen Fassung nicht nur unklar, sondern auch unsozialistisch ist — wirklich einmal in der Praxis verwirklicht wäre, dann bräuchten wir uns über die Frage, wie wir die Kleinbauern für den Sozialismus gewinnen können, keine grauen Haare mehr wachsen zu lassen. Mit mir werden viele Genossen in der Partei der Meinung sein, daß wir sozialistische Bauernpolitik nicht erst in einer fernen Zukunft, sondern schon in der Gegenwart treiben können, wenn die sozialdemokratische Partei durch ein kluges, praktisch brauchbares Agrarprogramm und durch eine praktisch-agitatorische neue Einstellung den wirklichen Bedürfnissen und Verhältnissen in der Landwirtschaft Rechnung zu tragen versucht. Bevor der Programmentwurf des Parteivorstandes in der Parteipresse erschien, habe ich in der Parteipresse schon darauf hingewiesen, daß die Partei angesichts der sich in verschiedensten Teilen Deutschlands bemerkbar machenden gegen den Großgrundbesitz gerichteten organisierten Selbstständigkeitsbestrebungen der Kleinbauern die Pflicht hat, das Erwachen der Kleinbauernschaft zum Klassenbewußtsein, zum politisch-ökonomischen Denken nach Möglichkeit zu fördern. Diese gesunde Entwicklung, die ich besonders im Rheinlande in den letzten Monaten persönlich beobachten und verfolgen konnte, würde tödlicher in dem Augenblick gänzlich unterbunden werden, wo die Partei den Fehler begehrte würde und die in dem Artikel des Genossen Albrecht ausgesprochenen Gedankengänge sich programmatisch zu eigen machte!

Zu einem brauchbaren Agrarprogramm brauchen wir durchaus nicht die von Albrecht erhobene Forderung auf „ausnahmslose Bergesellschaftung des Grund und Bodens“. Die Kleinbauern, die neben den Landarbeitern für die Sozialdemokratie draußen auf dem Lande gewonnen werden können, unterscheiden sich vom modernen Proletariat wirtschaftlich nur dadurch, daß sie sich noch im Besitze ihres Arbeitsmittels befinden. Der selbst erarbeitete „Besitz“ dieser Kleinbauern ist wesentlich verschieden von der kapitalistischen Eigentumsform, die auf der Ausbeutung fremder Arbeit beruht. Das Erfurter Parteiprogramm, auf das sich der Genosse Albrecht beruft, ist zwar nicht der Weisheit letzter Schluss; daß an diesem Programm manches brüchig und überlebt ist, gibt ja eben Anlaß zu einer umfassenden Programmrevision. Dennoch ist die Behauptung unzutreffend, daß in diesem Parteiprogramm die „Bergesellschaftung des Grund und Bodens“ ganz allgemein, also auch für die Landwirtschaft, gefordert werde. Im ersten Teile des Erfurter Parteiprogramms, der Prinzipienklärung, ist immer nur von einer Verwandlung

des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln die Rede — das Eigentum der auf eigener Scholle hart frohndenden Kleinbauern aber als „kapitalistisches“ Privateigentum zu bezeichnen, würde denn doch ein wenig zu gewagt sein!

„Wir sollten alles darauf anlegen, die Landarbeiterchaft restlos unserer Partei zuzuführen; damit ganz allein kann schon die Mehrheit der Landbevölkerung für sozialistische Zwecke und Ziele dienstbar gemacht werden.“ Auch diese Auffassung des Genossen Albrecht geht von irrigen Voraussetzungen aus. Es ist nicht richtig, daß die Mehrheit der Landbevölkerung zur Landarbeiterchaft zu rechnen ist. Die sorgfältigen Bevölkerungsstatistiken der letzten Jahre beweisen geradezu das Gegenteil. In großen Teilen Deutschlands, vor allem im Süden und im Westen, ist die Zahl jener Landarbeiter, die „nicht an dem Privateigentum in der Landwirtschaft interessiert sind“, so verschwindend gering, daß mit einer sozialistischen Erkenntnis dieser Schichten für die allgemeine sozialistische Bewegung auf dem Lande so gut wie nichts gewonnen wäre. Scharf muß auch der Auffassung widersprochen werden, daß eine Vergesellschaftung des Grund und Bodens im Interesse unserer Ernährungswirtschaft läge. Auch hier beweisen einwandfrei statistische Feststellungen der letzten Jahre das genaue Gegenteil. Aus eigener Beobachtung habe ich feststellen können, daß der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft infolge einer Reihe von Umständen bedeutend ergebnisreicher wirtschaften kann als der Großgrundbetrieb — eine Feststellung übrigens, die auch von amtlicher Seite in den letzten Jahren wiederholt bestätigt und statistisch einwandfrei belegt wurde.

Was wir Sozialdemokraten zur Gewinnung der kleinbäuerlichen Schichten brauchen, ist neben einem klugen, den realen Wirklichkeiten Rechnung tragenden, jede Illusionspolitik verurteilenden Agrarprogramm eine neue, auf die wirklichen Verhältnisse in der Landwirtschaft eingestellte Agitationstaktik und Agitationspraktik. Daran fehlt es: an der geistigen Umstellung der großen Masse unserer Parteisekretäre, Parteiredakteure und Agitationsbeamten. Sie haben ein Menschenalter lang die Rekruten für den Sozialismus aus dem großen Reservoir der Industrieproleten und dabei leider versäumt, sich jener proletarischen Schichten anzunehmen, die ihrer politischen und ökonomischen Lage nach ohne weiteres zum Proletariat zählen. Wenn neben dem zu schaffenden Agrarprogramm die Agitation unserer Partei die notwendige geistige Elastizität besitzen, die zu einer derartigen Umstellung erforderlich ist, dann werden wir unzweifelhaft damit die Voraussetzungen schaffen, die zu einer wirklichen, realpolitischen sozialistischen Bauernpolitik erforderlich sind.

### Zeitungsverbot und Reichsverfassung.

Das Organ der bayerischen Unabhängigen, die „Münchener Morgenpost“, ist auf eine unbestimmte Zeit verboten worden. Die Münchener Unabhängigen haben, weil der bayerische Landtag gegenwärtig nicht verammelt ist, an den Reichspräsidenten ein Telegramm mit der Mitteilung gerichtet, daß Polizeipräsident Boehner im Widerspruch zu Artikel 118 der Reichsverfassung das Verbot ausgesprochen habe. Es werde, so heißt es in der Mitteilung an den Reichspräsidenten, der Vorwurf Landesverräterischer Schreibweise erhoben; die Münchener Unabhängigen stellen daher die bis jetzt erschienenen 48 Nummern zur Prüfung durch unparteiliche Reichsbeamte zur Verfügung und erwarten die Sicherung der verfassungsmäßigen Rechte.

Auch uns will scheinen, daß die Münchener Polizeidirektion nicht die geeignete Behörde ist, den Artikel 118 der Reichsverfassung richtig auszulegen. Dieser Artikel, der einer der wichtigsten des zweiten Hauptteils der Verfassung ist und unter den „Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen“ an führender Stelle steht, gibt jedem Deutschen das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern; er betont ausdrücklich, daß eine Zensur nicht stattfindet. Wenn man die bayerischen Organe der bürgerlichen

Presse, von den scheindemokratischen „Münchener Neuesten Nachrichten“ an, liest, so bekommt man recht häufig den Eindruck einer recht ansehnlichen Schreibweise, ohne daß bisher der Münchener Polizeigewaltige Boehner ein Vorgehen für notwendig befand. Es ist ferner eine bekannte Tatsache, daß Kahr in provozierender Weise mit dem berüchtigten „Miesbacher Anzeiger“, der kürzlich unter der Auflage der Auf-forderung zum Morde stand, durch die Räume des Landtages geht. Die beste Verfassung ist zwecklos, wenn sie nicht in völliger Unabhängigkeit nach allen Seiten hin gerecht angewandt wird. Hoffentlich legt man diesen Maßstab auch bei der „Münchener Morgenpost“ an, die ihrerseits selbst ein Erfahrungsorgan für den vor einiger Zeit verbotenen unabhängigen „Kampf“ ist.

### Die erste Arbeiterkammer.

In Ausführung der neuen Bremischen Verfassung vom 18. Mai 1920 hat die Bürgerschaft nunmehr unter dem 17. Juli d. J. das Arbeiterkammergesetz erlassen, das als erstes seiner Art im Hinblick auf den künftigen Aufbau der Bezirkswirtschaftsräte von größtem Interesse ist. In der Verfassung ist eine Verretung der Arbeitnehmer in zwei genannten Kammern, nämlich in einer Angestelltenkammer und einer Arbeiterkammer, vorgesehen; die viel umstrittene Frage, wie die Verbraucherorganisationen in diesen Aufbau eingefügt werden sollen, hat die Verfassung leider nicht entschieden. Die Arbeiter- und Angestelltenkammer kann nur auf Grund ihrer Zusammenfassung und ihres Aufgabentiefes nicht als Ersatz hierfür angesprochen werden.

Außer der Arbeiter- und Angestelltenkammer steht die Bremische Verfassung neben der Handelskammer eine Kleinhandelskammer vor. Eine Zusammenfassung dieser Wirtschaftsververtretungen in einen Bremischen Wirtschaftsrat ist aber zweifellos nicht erfolgt.

Als Aufgabe der Arbeiterkammer selber ist die Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der bremischen Arbeiterschaft bezeichnet unter ausdrücklicher Ausschaltung der politischen Angelegenheiten. Ebenso ist ihr zweckmäßigerweise die Zuständigkeit für solche Fragen, deren Behandlung gesetzlich den Schlichtungsausschüssen und den Betriebsräten übertragen ist, entzogen.

Die aus 20 Mitgliedern bestehende Kammer wird von den bremischen Arbeitern in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundzügen der Verhältniswahl gewählt. Maßgebend für die Wahlberechtigung ist die Arbeitsstelle, nicht der Wohnort. Das Wahlalter ist auf 18 Jahre, die Wählbarkeit auf 24 Jahre festgelegt. Als Arbeiter gelten auch die Gemeinde-, Staats- und Reichsarbeiter und die Hausgewerbetreibenden, die selber keine Arbeiter beschäftigen. Vertreter bremischer Arbeiterberufsvereinigungen und ihrer Verbände sind mit der Einschränkung wählbar, daß 20 Mitglieder der Kammer Arbeiter sein müssen.

Die Geschäfte der Kammer, die Rechtsfähigkeit besitzt, werden von einem Vorsitzenden, dem ein Stellvertreter und ein Rechnungsführer beigeordnet sind, mit Hilfe eines beamteten Syndikus geführt. Der Syndikus wie auch die Beamten der Kammer sind in ihrer Befolgung und in ihrer Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung den Bremer Beamten gleichgestellt.

Alle Angelegenheiten, die eine Berufsgruppe ausschließt oder vorwiegend berührt, sind zunächst dem Sachausschuß zur Begutachtung und alsdann der Vollversammlung der Kammer zur Beschlußfassung vorzulegen. Sowohl in den Sachausschüssen wie auch in der Vollversammlung steht der überstimmten Minderheit das Recht auf Erstattung eines Sondergutachtens zu.

Den Mitgliedern der Kammer wie auch den etwa weiterhin berufenen Mitgliedern der Sachausschüsse wird der ihnen entstehende Erwerbssauftritt nach den für die Mitglieder der Bürgerschaft geltenden Vorschriften ersetzt. Die Kosten der Kammer werden in einem Pauschalbetrage in den Staatshaushalt eingestellt. Inwieweit dieser Betrag nicht ausreicht, darf die Kammer die bremischen Arbeiterberufsvereinigungen gleichmäßig nach dem Verhältnis der Anzahl ihrer Mitglieder zur Zahlung von Beiträgen heranziehen.

arbeiten der Inkas, ihre figürlichen Löpereien — alles Dinge, deren Bedeutsamkeit sich hier stark und lebend einprägt. Die Darstellung der Russt — wieder von den Naturdiktoren zu den Inkas aufsteigend, wo ein herrliches Gewebe mit dem Bilde einer Kapelle in Mittelpunkt steht — dann die Körperbehandlung und der Tanz, sein Schmuck und vor allem seine Masken bilden die Schlüsselformen. Bei der regionalen Abteilung, in der man vorläufig vor allem die Gebiete von Suayana, vom Rio Negro, aus Bolivien und Peru, dann die Paraffi geordnet findet, prägen sich die Stammesunterschiede in lehrreichen Gegenüberstellungen schon dadurch ein, daß wichtige Dinge bei jedem Stamm immer an derselben Stelle des Schrankes angeordnet sind und daß die Gegenstände sich ihrem Zweck entsprechend gruppieren. Alles in allem eine Neuordnung, von der man wünschen kann, daß sie so weiter durchgeführt werden möchte.

Falls das heute einsehende Regenwetter auch morgen andauern und Ausflüge in die Umgebung unmöglich machen sollte, werden die Berliner ihren Sonntagvormittag nicht besser verwerten können als durch eine kleine Reise nach Südamerika — Ecke Königgräzer und Prinz-Albrecht-Straße.

**Der Flug durch den Kometenschweif.** Nach den Beobachtungen der Sternwarte auf dem Königstuhl bei Heidelberg ist, wie wir mitteilen, in der Nacht vom 8. zum 9. August die Erde durch den Schweif eines Kometen gegangen. Ein ganz neuer Weltbummer ist es, den die Erde auf seiner Bahn gekreuzt hat, und von dessen Erscheinen die Welt überhaupt erst 24 Stunden zuvor Kenntnis erhielt.

Man wird sich erinnern, daß vor 11 Jahren ein wahrer Humberg mit dem Kometenburgen getrieben worden ist. Vielleicht wäre es diesmal nicht anders gewesen, wenn die Menschheit von dem bevorstehenden Ereignis eine Ahnung gehabt hätte. Aber da die Begegnung der beiden Himmelskörper sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgt ist, so hat es weder einen „Weltuntergang“ noch andere graufige Dinge gegeben, und man darf vielleicht hoffen, daß die Menschen des 20. Jahrhunderts nunmehr für eine Welte von ihrer Kometenfurcht geheilt sind. Gibt es doch im Weltall überhaupt keine feinere Materie, als es die Kometenschweife sind. Ihre Masse ist so locker, daß sie das Licht der schwächsten Sterne ungehindert hindurchscheinen läßt, und es scheint nur so viel festzustehen, daß die unvorstellbare dünne Schweifmaterie durch den von der Sonne ausgehenden Lichtdruck aus dem Kometenkern hinausgeschleudert wird, woher es auch kommt, daß der Schweif stets von der Sonne abgewandt ist. Jedenfalls ist unser Wissen von den Kometenschweifigen noch höchst problematisch, und jede neue Hypothese stellt uns vor neue Fragezeichen.

Ob die gegenwärtige Naturerscheinung unsere Erkenntnis vom Wesen der Kometen und ihrer Materie, namentlich der des Schweifes, erweitern oder aber uns neue Rätsel aufgeben wird, müssen wir abwarten.

Der vorstehend kurz skizzierte Inhalt des Gesetzes stellt eine recht glückliche vorläufige Lösung dar, Sache der Beteiligten wird es sein, dieser Form nunmehr auch den Inhalt zu geben. Man wird der Tätigkeit dieser ersten Arbeiterkammer allerseits mit besonderem Interesse entgegensehen. Ihre Arbeit wird wertvolles Material für die künftige Gestaltung der Bezirkswirtschaftsräte und ihres Unterbaues liefern.

### Die Not der Versicherungsangestellten.

Aus Kreisen der Versicherungsangestellten wird uns geschrieben: In der zweiten Hälfte dieses Monats sollen die Verhandlungen über die Neuregelung der Gehaltsbezüge der Versicherungsangestellten beginnen, da der vollkommene unzulängliche Reichstagsvertrag von den vier beteiligten Angestelltenvereinigungen in seinen geldlichen Bestimmungen zum 1. 9. 21 gekündigt worden ist. Der überwiegend größte Teil der Versicherungsangestellten erhält eine Entlohnung, die nur einem Bruchteile des Einkommens eines anderen Arbeiters gleichkommt. Der 3. 3t. gültige Reichstagsvertrag enthält unhaltbare Entlohnungsbestimmungen. Es erhält danach z. B. ein 30-jähriger Versicherungsangestellter im Vollgenusse sämtlicher Dienstalterszulagen in der Gehaltsklasse 1 eine Monatsbefolgung von rund 1216,50 Mk.; in der Gehaltsklasse 2 1079,00 Mk.; in der Gehaltsklasse 3 983,50 Mk.; in der Gehaltsklasse 4 912,50 Mk. Hieron geben zunächst die Abzüge für Steuern und für die Sozialversicherungen ab, so daß der Beamte bar ausgezahlt erhält rund 775, 850, 925, 1050 Mk., wenn nicht außerdem noch Ortsklassenabzüge von 5 bis 20 Proz. zu berücksichtigen sind! An eine Sicherstellung des Alters bzw. der Angehörigen oder aber an die Anschaffung oder Ergänzung von Wäsche und Kleidung darf der Versicherungsangestellte schon seit Jahr und Tag nicht mehr denken, von der Befriedigung geistiger Bedürfnisse ganz zu schweigen.

Die Angestellten sind jetzt am Ende ihrer Kraft! So darf es nicht weitergehen, wenn nicht ein ganzer Berufsstand ins Elend getrieben werden soll! Die Arbeitgeber müssen sich darüber klar werden, daß sie mit ihrer verkehrten Tarispolitik ein gerütteltes Maß Schuld daran tragen, wenn schon jetzt die besten Kräfte der Versicherungsbeamten zu anderen handels- und industriellen Zweigen hinüberwecheln. Die Arbeitgeber sollten weiter die Zeichen richtig werten, die in der bedauerlichen Tatsache hervortreten, daß in letzter Zeit die Fälle sich mehrten, daß Versicherungsangestellte vom rechten Wege abwichen. In manchem der zu verzehrenden Fälle mag die Verzweiflung über die hoffnungslose Lage diesen Unglücklichen den letzten Halt genommen haben!

Zur besseren Bewertung der oben angeführten Zahlen sei noch darauf hingewiesen, daß nur ungefähr 8 v. H. aller deutschen Versicherungsangestellten (deren Zahl sich auf rund 100 000 belaufen mag), der Gehaltsklasse 1 angehören und ungefähr 25 v. H. den Gehaltsklassen 1 und 2 nebst Zwischenstufen. Die Versicherungsgesellschaften, die einen erheblichen Teil des deutschen Volksermögens verwalten, und die gerade darum dem Volksganzen gegenüber zur Erfüllung edler Aufgaben berufen erscheinen, lassen ihre Pflichten völlig außer acht. Wie sollen die durch den Krieg dem Volkstörper geschlagenen Wunden geheilt werden, wenn in allen Gewerben die Arbeitgeber als eins ihrer vornehmsten Ziele den Kampf gegen die Bestrebungen ihrer eigenen Angestellten um die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage betrachten, wie dies im Versicherungsgewerbe der Fall ist. Daß verheiratete Beamte zu den obigen Familienzulagen von monatlich 166,65 M. und für jedes Kind eine Zulage von 62,50 M. (woon noch 10 v. H. Steuern abgehen) erhalten, dient wirklich nicht dazu, die so dringend im Interesse des Volksganzen liegende Gründung von Familien zu fördern. Auch in dieser Hinsicht muß von den Arbeitgebern im Versicherungsgewerbe verlangt werden, daß sie ihre Aufgabe ernstlich zu erfüllen streben. Ihrem Gewerbe und vor allen Dingen dem deutschen Volke dienen sie damit mehr, als durch wochenlanges Feilschen um ein Viertelständiges Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, Verkürzung der Mittagspause, des Urlaubs und dergleichen mehr! Die in den letzten Wochen schon bekannt gewordenen Jahresabschlüsse der Versicherungsgesellschaften beweisen, daß die Mittel bei den einzelnen Gesellschaften dazu vorhanden sind, ihren Angestellten eine dem Gewerbe würdige Lebenshaltung zu ermöglichen!

**Gefährdung des Frankfurter Doms.** Einer der größten und schönsten Dome des deutschen Ostens, die Marienkirche in Frankfurt a. d. Oder, ist so baufällig, daß einigen Teilen in absehbarer Zeit der Einsturz droht, wenn nicht bald heftiges vorgebeugt wird.

Mit dem Bau der Kirche wurde in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts begonnen, 1325 fand die Einweihung statt. Der Frankfurter Dom übertrifft an Breite den Wiener Stephansdom, den Dom zu Speyer und den Dom zu Köln. Das Chordach ist 38,5 Meter hoch, also höher als die hohen Chöre des Domes von Florenz. Den erhabensten Eindruck gewährt die Marienkirche dem durch die Turmruhr Eintretenden. Am Anfang zum hohen Chor strahlt der berühmte siebenarmige vergoldete Leuchter. Derartige kolossale Leuchter fanden sich nur in den ältesten christlichen Kirchen, so in den Domen zu Speyer, Magdeburg, Augsburg, Prag usw. Der Leuchter ist 4,7 Meter hoch, sein Schaft 0,31 Meter stark. Hochgeschätzt wird von Kunstverständigen auch der geschaltete Hochaltar, ein mit reichen Gemälden versehener Flügelaltar von hervorragender Schönheit, ferner gehören der 1376 vom Meister Arnold aus Metall gefertigte große Taufstein und eine ganze Anzahl kunstvoller alter Gemälde zu den Sehenswürdigkeiten von St. Marien.

Es ist im hohem Grade zu wünschen, daß dieser alte, schöne Bau vor dem Verfall bewahrt bleibt; Provinz und Staat haben sich bereit erklärt, zu den Baukosten, die auf 1 1/2 bis 2 Millionen kommen dürften, je ein Drittel zuzuschließen. Den Rest wird man in Frankfurt aufbringen müssen.

**Feindliche Pathologen.** Der II. Internationale Kongress für vergleichende Pathologie zu Rom, der von dem vorbereitenden italienischen Komitee wegen der Weigerung der Franzosen, sich mit den Deutschen an dem Kongress zu beteiligen, verschoben worden war, ist nun auf den 20. September 1922 festgesetzt worden. Offenbar hat das italienische Komitee die Hoffnung, daß bis dahin die Geistesverfassung der französischen Pathologen sich genügend gebessert haben wird, um eine wirklich internationale Beteiligung am Kongress zu ermöglichen. Daß sich bei den Franzosen in letzter Zeit Anzeichen von Besserung einstellen, soll nicht verkannt werden.

**Gravitationsübungen der Woche.** Dienst. Folles Cabrice: Fieber-tanzer, Heidenkeselei. Die Geliebte auf Teufel! — Tenn. Theater in der Königgräzer Straße: Notruf.

**Städtische Volkskonzerte** des Pöhlmannschen Orchesters finden in der nächsten Woche statt: am 16. und 18. in der Philharmonie, Bernburger Straße 22/23; am 18. in der Brauerei-Königsbadl, Schönhauser Allee 11/12, und am 19. und 22. in der Brauerei Schöppert,afenstraße 39—44. Beginn der Konzerte 8 Uhr. — Der Vorverkauf ist bei A. Werthim, Leipziger Straße, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelstraße 15, im Jägerwäldchen sowie in den betreffenden Konzertsälen. Die im Vorverkauf nicht unterbreiteten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 1,50 M. und das Programm 25 Bl. Kasseneröffnung 7 Uhr.

**Der „Volkstanz“** (Vorlegend Bruno Hüls) wird vom Oktober ab eigene Sonntagvormittagsvorstellungen im Central-Theater unter Regie von Martin Bidel veranstalten.

### Südamerika in Berlin.

Unser Völkermuseum beginnt jetzt die Forderung, seinen reichen Besitz in eine Schau- und eine Studiensammlung zu gliedern, in seinem alten Hause (Königgräzer Ecke Prinz-Albrecht-Straße) durchzuführen. Die Aussicht, nach dem Kunstgewerbemuseum und nach Dahlem hin Ausdehnungsmöglichkeit in absehbarer Zeit zu erhalten, gab den Anlaß zur Probeausstellung einer Schauausstellung in der südamerikanischen Abteilung.

Diese bisher in einem der großen Säle des 1. Stockes durchgeführte Ausstellung ist vorzüglich gelungen. Die Schauausstellung, deren ganze Vorzüge gerade der recht ermüdete, der aus den überfüllten, noch funterbunt angeordneten übrigen Sälen dort hinauskommt, empfängt den Besucher höchst eindrucksvoll mit einer großen Vitrine von Mumien der Inka-Zeit, die an Ausdruckskraft, in Haltung und Bekleidung ihre ägyptischen Gegenstücke weit zu überbieten scheinen. Der große Saal gliedert die Schauausstellung einmal nach örtlichen, das andere Mal nach vergleichend-sachlichen Gesichtspunkten. Die letztere Abteilung, an der Fensterseite, von der materiellen über die soziale zur geistigen Kultur fortschreitend, stellt — und das gibt einen ganz besonderen Reiz — den großartigen Berliner Besitz an südamerikanischen Werken für die Naturdiktoren und für die sogenannten Halbkulturvölker nebeneinander. Von den Flechtarbeiten, deren Technik für die Ornamentik in ihrer geometrischen Gestalt bestimmend geworden ist, kommt man da zu den Transportmitteln (geflochtenen Tragkörben und Booten) zu den Verständigungsmitteln. Eine Schrift oder auch nur eine Bilderschrift hatte das höchstentwickelte südamerikanische Kulturvolk zur Zeit vor Kolumbus nicht, dafür findet man hier die Knotenschnüre, die als Hilfsmittel für das Gedächtnis und zur Überlieferung statistischen Materials wie der Steuerregister, der Ergebnisse von Volks- und Viehzählungen usw. besonders ausgebildet wurden. Der Schmuck, besonders der farbige Kollage aus Bogelfedern, kommt hier auf dunklem Grunde zum erstenmal zu voller Wirkung. Kinderpiele, wie das Ballspiel der Paraffi-Kabifi, ihre Huden, dann die Glücksspiele, die nur bei den Völkern höherer Kultur bekannt sind, bieten ein amüsantes Bild. Kampf und Krieg kommen an besonders schön geschmückten Gegenständen aller Stämme zur Darstellung, z. B. an den peruanischen Waffen mit ihren Kampfbildern.

Am eindrücklichsten wirkt die eigentliche Kunst: die Ornamentik ist da auf der einen Seite vorgeführt, wie sie von der Flechtarbeit auf die Keramik übertragen wird und dann ins Figürliche-Naturallistische übergeht. Auf der anderen Seite steht in imponanter, dabei sehr gewählter Anordnung die eigentliche Bildkunst: vor allem die Plastik in Ton, Holz und Stein, die Edelmetall-

**Ein fauler Burgfriede.**

Zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei kommt es trotz aller Bemühungen, den Karren gemeinsam in den Dreck zu ziehen, immer wieder zu Reibereien. Hatte man vor den Reichstagswahlen noch einigermaßen Rücksicht aufeinander genommen, so ist inzwischen jede mildere Tonart geschwunden. Die bevorstehenden Steuerberatungen im Reichstag, die zu Kämpfen von wahrscheinlich noch nicht dagewesener Heftigkeit führen werden, haben den Führer der Deutschnationalen Hergt auf den Gedanken gebracht, plötzlich und unerwartet das Wort „Burgfrieden“ in die Debatte zu schleudern. Er bittet in einem Aufsatz seine Parteifreunde, „ausschließlich den Standpunkt zu vertreten, daß die Deutschnationale Volkspartei bis zum letzten Augenblick Burgfriede zu halten gewillt ist und deshalb auf jede Auseinandersetzung auf den Vorstoß der anderen Seite verzichtet“.

Interessant ist die Antwort, die die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, auf diese Friedensschalmee erteilt. Sie denkt nicht daran, in die geöffnete Arme des Herrn Hergt zu sinken, und bezeichnet die Haltung der Deutschen Volkspartei als einen Akt der Rotweh. Besonders kann sie den Deutschnationalen die Schrift ihres Hauptgeschäftsführers v. Lindener nicht vergessen, die sogar im Jahre 1921 vier neue Auflagen erlebt haben. Sehr schlecht kommt der Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, Max Maurenbrecher, Verfasser der Hohenzollernlegende zum rühmreichen Angedenken, fort. Schmeichelei heißt es über diesen:

Es wird weiter von Herrn Hergt übersehen, daß die Lindenersche Schrift nicht allein Anlaß zur Abwehr gab, sondern ebensoföhrer die Kampfweise der Deutschnationalen während und nach den Preuwahlen, bei denen die Deutschnationale Volkspartei durch Verbreitung der verächtlichen Lügenmeldung des Herrn Maurenbrecher den Gipfel gchässiger Kampfweise gegen die Deutsche Volkspartei erreicht hat. Zu unserem größten Bedauern haben wir erst vor wenigen Tagen feststellen müssen, daß jene Lüge von deutschnationaler Seite noch wie vor im Lande weiter kolportiert wird, und zwar wiederum unter ausdrücklicher Berufung auf die Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei. Falls Herr Hergt davon nichts wissen sollte, dann wird ihm dies die deutschnationale Hauptgeschäftsstelle bestätigen können, die seitens der Deutschen Volkspartei auf diese Tatsache hingewiesen worden ist.

Diese Neuerungen klingen recht bedrohlich, und man könnte der Deutschen Volkspartei in ihrem Verlangen nach Säuberung der politischen Atmosphäre nur zu sehr beistimmen, wenn sie selbst nicht alles unterlasse, was diese Säuberung herbeizuführen geeignet wäre. Gibt es doch immer noch völksparteiische Blätter, die — sicher nicht ohne Wissen der Leitung der Deutschen Volkspartei — auf Grund mehr als eigenümlicher organisatorischer Vereinbarungen — zu 50 Proz. völksparteiische, zum 50 Proz. deutschnationale Politiker machen. Das erscheint uns allerdings der Gipfel politischer „Reinlichkeit“. Eine Weile noch werden sich also beide Parteien ein wenig feindlich gegenüberstehen; wer aber möchte zweifeln, daß sie sich brüderlich zusammensinden, wenn es im Herbst darauf ankommen wird, möglichst viel Belastung abzulasten und in Verbrauchssteuern zur Befastung der nichtbestehenden Kreise zu vermandeln? Eine je einigere Arbeiterschaft die Rechtsparteien dann vorfinden werden, um so erfolgloser wird ihr gemeinsamer Ansturm sein.

**Der Wirtschaftskampf in Oberschlesien.**

Zur sozialen Bewegung in Oberschlesien, über deren Anfang, die Aufstellung und Ablehnung der Forderungen der Arbeitnehmerchaft im Berg- und Hüttenbetrieb, wir bereits berichtet haben, schreibt der Berichterstatter der „Dena“:

Ohne zu den einzelnen Forderungen der obereschlesischen Arbeiter und Angestellten Stellung zu nehmen, muß man doch ganz allgemein sagen: Nach mehr als zweijähriger Dauer reifen voraussichtlich in diesen Tagen Entscheidungen, welche für die Zukunft der obereschlesischen Arbeitnehmerschaft von der weitestgehenden Bedeutung sind. In dieser Zeit der politischen Hochspannung, die durch das lange Warten auf die Entscheidung noch verstärkt wird, ist die paritätische Verhandlung über so wichtige und bedeutungsvolle Angelegenheiten, wie sie in den Forderungen der Arbeitnehmer vom 5. August angeschnitten sind, unzweckmäßig und direkt unausführbar. Die Verantwortung für die Unruhe, die nach allgemeiner Ueberzeugung dadurch hervorgerufen wird, daß unerfüllbare Forderungen aufgestellt, in Wort und Schrift ständig wiederholt werden, trifft in vollem Umfange diejenigen, welche in mangelnder Erkenntnis oder absichtlicher Verkennung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage derartige Forderungen propagiert haben. Wer im Augenblick höchster politischer Spannung derartige Forderungen aufstellt, muß die Folgen dieser Handlungsweise seinem Vorgehen zuschreiben. Sobald die politische Krise überstanden und wieder Ruhe im Reich eingetreten ist, wird allerdings der Arbeitgeberverband über die Fragen, deren paritätische Behandlung notwendig ist, sich zu einer Sitzung mit der Angestelltenkommission herbeilassen müssen. Der Erfolg der Forderungen wird wesentlich von der Bewahrung von Ruhe und Ordnung im Reich abhängen, da nur dann den Werken die Mittel zur Verfügung stehen, den Wünschen der Arbeitnehmerschaft Rechnung zu tragen.

Aus dieser ganz offensichtlich vom obereschlesischen Industriekapital inspirierten Kotz der „Dena“ spricht in hohem Maße „mangelnde Erkenntnis oder absichtliche Verkennung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage“ in Oberschlesien. In dem Augenblick, da das ganze deutsche Volk nur von dem einen heißen Wunsche erfüllt ist, daß dieses Gebiet bei Deutschland bleibt, bringen es die obereschlesischen Industriekapitale und ihre journalistischen Handlanger fertig, der deutschen Sache neuen Schaden zuzufügen. Die obereschlesische Arbeitnehmerschaft hat in den Tagen des Aufstandes ihr Bestes zur Rettung der Heimat hergegeben, zu der sie sich am 20. März so mutig bekannte. Jetzt bekommt sie den Dank dafür. Ist es da ein Wunder, wenn diese enttäuschten Menschen zu zweifeln beginnen an den großen Vorteilen, die wir ihnen auf sozialem Gebiet versprochen haben? Wissen die Schlotbarone Oberschlesiens, die schon wieder um ihren Profit bangen, nicht, daß sie durch eine derartige Behandlung ihre Arbeitnehmerschaft in die Hände der Roten treiben, weil sie sich sagen, daß sie nichts mehr zu verlieren haben? Das deutsche Volk kann sich nur dazu gratulieren, daß es eine Arbeitnehmerschaft hat, die fester zu ihrem Lande steht als die Kapitalisten, sonst wäre Deutschland vielleicht noch viel kleiner geworden, als es der Friedensvertrag gemacht hat. Die Industriellen aber mögen sich gefast sein lassen, daß sich die Arbeiter nicht einschüchtern lassen werden. Sie haben die Kraft und die Macht, ihre berechtigten Forderungen auch in Oberschlesien durchzusetzen.

**Die Getreideumlage.**

Eine halbamtliche Auslosung mahnt die Landwirte, ihre Umlage so schnell als möglich zu erfüllen. Im eigenen Interesse. Denn nach dem Befehle habe der Landwirt bei Nichterfüllung der Umlage den Unterschied zwischen dem Umlagepreis für Weizen zuzüglich eines Zuschlags von einem Viertel dieses Unterschiedes als Haftsumme zu zahlen. Der Landwirt erleiße so einen Verlust von mindestens 340 bzw. 740 M. je Tonne nicht abgeliefertes Umlagegetreide.

**Devaleras Brief an Lloyd George.**

London, 13. August. (CE.) Es bestätigt sich, daß der an Lloyd George gerichtete Brief Devaleras von größter Wichtigkeit sei und die darin aufgeworfenen Fragen von der englischen Regierung eine rasche Lösung fordern. Nach Angaben aus gut informierten Kreisen kann erklärt werden, daß der Brief eine Ablehnung der von Lloyd George gemachten Vorschläge nicht enthält. Er läßt vielmehr deren Annahme voraussehen, doch wird die Erfüllung gewisser Bedingungen gefordert, worüber sich die englische Regierung noch vor Zusammentritt des irischen Parlaments am 16. August aussprechen möge. Man erzählt, daß Devalera namentlich die Freilassung der verhafteten Sinnfeiner, etwa 6500 an der Zahl, fordert, von denen 3500 in Internierenlagern, die anderen 3000 in irischen und anderen Gefängnissen sind. Devalera bereift jetzt in der Grottschaft Cork einige Bager, um sich über die Situation der Gefangenen ein Bild machen zu können.

London, 13. August. (W.B.) Die „Morningpost“ meint, es herrsche der Eindruck, daß unter den Bedingungen Devaleras die Bezahlung aller Entschädigungsansprüche für Morde, Verwundungen und Verstörungen durch die Agenten in Irland gefordert werde. Das würde etwa 7 Millionen Pfund Sterling ausmachen. „Daily Chronicle“ meldet sogar, Lloyd George sehe die Antwort der Sinnfeiner als eine Verwerfung seiner Friedensbedingungen an.

**Frankreichs Besatzungskosten gedeckt.**

Paris, 13. August. (CE.) Die drei gestrigen Konferenzen der Entente-Finanzminister betrafen namentlich die Besatzungskosten, die belgische Priorität und die Hilfeleistung für Österreich, wofür eine dreigliedrige Kommission eingesetzt wurde. Beschlossen wurde, daß die Saarbergwerke nicht auf das Reparationskonto gebucht werden sollen, sondern ausdrücklich ihre Verwendung zur Dedung der Besatzungskosten Frankreichs stünden sollen, womit diese gedeckt zu sein scheinen. So ist die Reparationskommission in der Lage, die in ihren Händen befindlichen Gelder zur Befriedigung der englischen Ansprüche aus den Besatzungskosten zu verwenden, weil England den weitestgehenden Anspruch darauf hat. Dadurch wird die belgische Priorität auf die deutschen Reparationszahlungen in zweite Reihe, Frankreichs Ansprüche in dritte Reihe gerückt.

**Spaniens Niederlage in Marokko.**

Madrid, 13. August. (CE.) General Navarro mußte sich dem Eingeborenenheer ergeben und ist in seiner Gefangenschaft. Die Stadt Melilla hat Trauer angelegt. Spanische Flieger, die den Berg Arrull überflogen, berichteten, daß die Mauren die ganze Gegend unter begeisterten Freudenerschrei ausplündern. Es gelang einigen spanischen Soldaten, Melilla zu erreichen und von dem heldenhaften Kampfe des Generals Navarro zu berichten.

500 Zeitungen verlagst haben der belgische Baron Coppée und sein Sohn, überdies den sozialistischen Deputierten Colleague, weil diese behauptet hätten, Coppée und Sohn hätten die Deutschen während des Krieges mit Kohle versorgt.

**Groß-Berlin**

**Samstagabend.**

Von allen Arbeitstagen in der Woche ist der Sonnabend der schönste. Für die Mehrzahl der Arbeitenden gilt er als ein Abschluß mühseliger Fron. In ihm liegt die Vorahnung des kommenden Fest- und Feiertages, an dem die Menschen frei von der Fabriken Enge und der Bureaus Dumpsheit sind. Er bringt ihnen ein Gefühl der Erldung und läßt sie Kräfte saugen für die kommenden Arbeitstage.

Aber am Sonnabend zittert die Unruhe vom frühen Morgen bis zum Feierabend durch die Schaffenden. Vielen von ihnen öffnet sich an diesem Tage eine Stunde früher das Tor, hinter dem das Grau des Mittags hoct. Sie schreiten hinaus in den Frühlingsmittag. Die Jungen, die Alten, die Mädchen, die Frauen; die Burichen, die Männer. Freunde finden sich, Frauen haben ihre Männer abgeholt und der Mädchen sind nicht wenige. Reißt wohnt das Vachen in ihren Reihen und wenn sie auch etwas müde in der Straßenbahn oder Stadtbahn sitzen, liegt doch eine stille Freude in ihrem Gesichtern. Die einen fahren nach Hause, die anderen zu einem Bad, um den Arbeitsstaub von ihren Körpern zu spülen und viele gehen gemächlich durch die Straßen, um Einkäufe zu machen.

Und so sind Straßen und Plätze Sonnabend abends mehr denn je von Menschenmassen durchflutet. Das gilt hauptsächlich für das Stadttinnere. Und wenn die Geschäfte geschlossen haben, öffnen Ballfäle ihre Porten. Der eine Verein feiert sein „zehnjähriges Bestehen“, der andere sein „Sommerfest“. An der Spreerbrücke schaukelt ein Dampfer und drüber nimmt ein Theater die Harrenden auf. Man kann so „morgen ausschlafen“. — Auf den Bahnhöfen aber teilen sich die Wandervögel ihre Plätze mit den Reisenden. Das sind die Vernünftigen. Der Sonntag findet sie in Luft und Licht, in Feldern und Wäldern, an Seen und Flüssen. Herz und Hirn empfangen dort ihre beste Stärkung.

**Wie heize ich sparsam?**

Der Ausfall bedeutender Kohlenlieferungen aus Oberschlesien infolge der politischen Verhältnisse läßt für den kommenden Winter wiederum eine fühlbare Kohlennot erwarten. Knappheit und hoher Preis der Brennstoffe sollten jeden veranlassen, sich darüber zu unterrichten, wie man am sparsamsten heizen und kochen kann. Um der Bevölkerung eine wirkliche Belehrung auf diesem Gebiete zu ermöglichen, veranstaltet die preußische Landeslohlenstelle in Gemeinschaft mit der Stadt Berlin eine Ausstellung, die am 20. August im alten Stadtschloß zu Charlottenburg eröffnet wird; die technische Zeitung hat die Hauptstelle für Wärme-wirtschaft.

Die Ausstellung wird außerordentlich viel Belehrung bieten: in der Abteilung Brennstoffkunde ist der Heizwert der verschiedenen Brennstoffe sinnfällig dargestellt, in einer weiteren Abteilung wird gezeigt, wie die richtige Anlage der Schornsteine, das Funktionieren der Ofen und Herde beeinflusst, wie der Heizbedarf der Räume von der Art und Stärke der Mauern abhängt und durch Isolierung verringert werden kann. Rachel- und Eisenspäne von schlechter und guter Bauart werden in Naturgröße im Durchschnitt gezeigt, so daß der

Lafe die besten Gelegenheit hat zu sehen, wie es im Innern des Ofens ausieht und wodurch seine Heizwirkung beeinflußt wird. Sparfame Heizsysteme für Siedlungsbauten und Kleinhäuser werden besonders ausführlich behandelt.

In allen Abteilungen werden den Besuchern Austünfte und Erklärungen gegeben. Sehr großes Interesse werden jedenfalls die in einem besonderen Räume stoffsindenden praktischen Vorführungen finden. Hier wird durch gekulte, im Benehmen mit den hauswirtschaftlichen Frauenorganisationen angestellte weibliche Kräfte im praktischen Betriebe gezeigt werden, wie man die verschiedenen Koch- und Heizeinrichtungen mit einem Mindestverbrauch an Brennstoff betreiben kann.

**Der „Generalvertreter“ als Waffenschwindler.**

Auf wertvolle Musternsammlungen hat es ein Schwindler abgesehen, der in Berlin und in der Provinz sein Unwesen treibt und bisher von den Kriminalbehörden vergeblich gesucht wird. Der Mann nennt sich Vladimir A. Rensdell aus Zagreb in Jugoslawien und stellt sich Fabrikanten mit dem Angebot vor, sie in Jugoslawien zu vertreten und ihre Erzeugnisse zu vertreiben. Weil er einen vertrauenswürdigen Eindruck macht, so tragen viele Fabrikanten sein Bedenken, ihm ihre Vertretung zu übertragen und ihm Mustertollektionen ihrer Waren, die oft von hohem Werte sind, anzuvertrauen. Auf Grund dieser Aufträge läßt sich dann der „Generalvertreter“ Geschäftsakten drucken. Diese benutzt er wieder, sich bei deutschen Firmen in Berlin und in der Provinz einzuführen und ihnen Geld abzuschwindeln. Der angebliche Rensdell spricht nur gebrochen Deutsch. Trotzdem ist er wahrscheinlich kein Jugoslawe oder sonst ein Ausländer, sondern ein Deutscher, der mit Erfolg darauf baut, daß ein Ausländer bei vielen Deutschen eher Entgegenkommen findet, als ein Landsmann. Der Schwindler steht etwa im Anfang der zwanziger Jahre, ist kaum mittelgroß und dunkelblond und hat ein frisches, junges Gesicht mit einem Anflug von Bart.

**Wieder entweichen.**

Aus dem Gefängnis entwichen ist ein gefährlicher Verbrecher, der erst nach jahrelangen Verbüßungen von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht und vor kurzem zu einer langen Gefängnisstrafe gerurteilt worden war. Es ist der 35 Jahre alte Monteurl Paul Wischmann, der seit Jahr und Tag besonders im Westen der Stadt als Klingelleitungs- und Beleuchtungsrevisor die herrschaftlichen Wohnungen unsicher machte. Großes Aufsehen erregte seinerzeit als dieser „Revisor“ bei einer Geheimrätin im Westen ein Perlentokkier im Werte von über einer Million erbeutete. Das kostbare Schmuckstück wurde in kurzer Zeit nach Paris verschoben, dort aber als gestohlen ermittelt und nach kurzer Zeit zurückgeholt. Wischmann gelang es gestern aus dem Gefängnis in Tegel, wo er noch vier Jahre zu verbüßen hatte, zu entweichen. Er wird ohne Zweifel seinen Trieb wieder aufnehmen. Die Wohnungsinhaber und ihre Angehörige sowie das Dienstupersonal werden deshalb gut tun, auf der Hut zu sein, wenn ein „Revisor“ erscheint.

Der mittlere Kofpreis. Der Magistrat gibt bekannt: Der für den Heizungskostenvergleich der Mieter für das Vierteljahr Juli-September 1921 zugrunde zu legende mittlere Kofpreis wird wie für das vorangegangene Vierteljahr für Schmelzkof auf 29 M., für Gastkof auf 25,85 M. je Zentner festgesetzt.

Mutter und Sohn gemeinsam in den Tod. Eine Tragödie hat sich in der vergangenen Nacht in dem Hause Borfigstr. 24 abgespielt. Dort wurden gestern vormittag die 43 Jahre alte Witwe Anna Paul mit ihrem 23 Jahre alten Sohn, dem Eisenbahnarbeiter Hermann Paul, brennungslos im Bett vorgefunden. Mutter und Sohn hatten sich, wie der Befund erkennen ließ, absichtlich mit Leuchtgas vergiftet. Was sie dazu veranlaßt hat, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden, steht noch nicht fest. Beide Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Zur Leipziger Mustermesse werden außer den bereits mitgeteilten Sonderzügen zwischen Berlin und Leipzig auch zwischen Ostpreußen und Leipzig zwei Sonderzüge gefahren werden. Der eine dieser beiden Züge verläßt Königsberg um 7,24 abends am 26. d. M. und trifft am 27. vorm. um 10,26 in Leipzig ein. In der Gegenrichtung fährt der Sonderzug am 2. September um 4,45 nachmittags ab und trifft am folgenden Tage um 8,13 vorm. in Königsberg ein. Zur Heranzuführung der Züge nach und von Königsberg werden zwischen Berlin und Königsberg nach einer Befatnmdung der Eisenbahndirektion Osten zwischen Berlin und Königsberg für den öffentlichen Verkehr zwei Schnellzüge gefahren und zwar am 25. d. M. ab Friedrichstraße 8,59 abends über Schneidemühl (1,54 nachts Marienburg (5,51 früh), an Königsberg 8,13 vorm. Für die Gegenrichtung wird in der Nacht vom 3. zum 4. September ein Schnellzug ab Königsberg 7,24 abends, an Berlin (Friedrichstraße) 6,10 vorm. vorgefunden.

Errichtung eines Telegraphenzentralamts. Eine Art von Telegraphenzentralamt, in ihrer äußeren Gestalt eine neue Oberpostdirektion ist das Telegraphentechnische Reichsamtsamt, das jetzt das Reichspostministerium eingerichtet hat. Zu dessen Aufgaben gehört, wie beim Eisenbahnzentralamt, die Beschaffung von Apparaten und dessen Bauwesen. Die neue höhere Reichsbehörde soll aber auch bei den wichtigen Entwicklungsangelegenheiten des Betriebs und des Baues der Linien und Apparate mitwirken und die Oberpostdirektionen technisch beraten. Sie überwacht auch die Ausbildung der Telegraphenbeamten. Zu ihren Aufgaben gehören ferner: Patente, Lehrbücher, Lehrmittel, wissenschaftliche Berichte und Untersuchungen, Verbesserungen des Betriebes, Bauwesen usw. Die neue Behörde untersteht einem Präsidenten und zwei Abteilungsdirektoren. Sechs weitere Abteilungen sind Oberpostämtern unterstellt.

Die Genossen des Wahlvereins Königsweiserhansen feiern ihr diesjähriges Sommerfest am Sonntag, den 28. August in „Neue Wäble“ im Restaurant „Zur Schleiße“ (W. Thormann), wozu hiermit die auswärtigen Parteigenossen nebst Angehörigen herzlich eingeladen sind. Da „Neue Wäble“ ein vielbesuchter Aufenthaltsort und vom Bahnhof Königsweiserhansen in 15 Minuten bequem zu erreichen ist, laßt das Komitee recht viele Parteigenossen zum Besuch ein.

**Das Wetter für morgen.**

Berlin und Umgegend. Zunächst größtentends trübe und ziemlich kühl mit leichten Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden. Später zeitweise etwas aufklarend.

**Theater der Woche.**

Vom 14. bis 21. August.

Kollisions-Theater: Der Opernbau. — Opernhaus: Geschlossen. — Schauspielhaus: Geschlossen. — Großes Schauspielhaus: Die Weber. — Deutsches Theater: Victoria u. Perlinutter. — Kammertheater: Der Herr, der Königsberger Krieg. — Frling-Theater: Die Ballerina des Königs. — Theater in der Köpenicker Straße: Ab 18. Retrol. — Deutsches Opernhaus: 14. Kanthäuser. 15. Garstake. 16. Margarete (Soubt). 17. Tiefand. 18. Der Freischütz. 19. Martha. 20. Söhnen. 21. Carmen. — Schiller-Theater: Keine Frau, das Hüulien. — Schloßpark-Theater: Stiglitz. 15. u. 16. 18. — Die Königin. Pamburn. Die Hüllschlügen. 17. u. 18. Hans Sudeten. — Die Königin. Pamburn. — Deutsches Künstler-Theater: Der Herr Verticilliger. — Rambüchhaus: Der Monde Engel. — Berliner Theater: Das Mädchen aus der Felsenburg. — Kleines Schauspielhaus: Nigen. — Zentralk-Theater: Nenge. — Theater in der Kommandantenstraße: Die Hüllschlügen. — Friedrich-Wilhelm-Gedächtnistheater: Die Nigen aus der Hüll. — Kamische Oper: Der liebe Bauer. — Retropol-Theater: Die blosse Natur. — Neues Operetten-Theater: American-Girl. — Thalia-Theater: Maskottchen. — Theater am Kolonnenplatz: Der Bettler aus Dingsda. — Theater des Westens: Morgen wieder lüht! — Kleines Theater: Der Dieb. — Ballhaus-Theater: Die Schilbungserie. — Kollisions-Theater: Jugend. — Kollisions-Theater: Gullens Berg. — Kollisions-Theater: Die 20. Nigen Petide. 21. Tagbuch einer Verlobten. — Götische Caprice: 14. u. 15. Fernspruch vom Hll. 16.—21. Fiebernauel. Gedichten Referey. Die Geliebte auf Teufeln. — Admiralspafst: 16., 18., 20., 21. Abencabada. 18., 17., 19. Die roten Schuhe. — Kammertheater: Nenge. — Schiller-Theater: 17. u. 21. Die Fischerma. — Schiller-Theater: 14. Das Prachtma. — Kollisions-Theater: 14. Sohn Wintermeets Fücher. — Theater des Westens: 14. u. 21. Die Pflanzsommeln. — Frling-Theater: Gartenbüne: Wenn ich Dich nur hab. — Kollisions-Theater: 21. Genoscoo.

